

Hofrat Holst's und Lehrer Döllitzsch's Motto:

„Maul halten im Stadtparlament!“

Zumut bei Kaffee-Zhürmers Antrag gegen den Remarque-Film / Genosse Berner mit Gewalt aus dem Saal geschleift / Biersteuer-Erhöhung abgelehnt

In der gestrigen Stadtratsversammlung nahm das Kollegium von der Umbenennung der Heil- und Pflanzgasse in „Stadtkrankenhaus Döllitzsch-Straße“.

Eine kurze Anfrage des Genossen Neuhof wandte sich gegen die unvollständigen Wohnungsvergebungsrichtlinien. Sie wurde vom Rat durchaus ungenügend beantwortet.

Dann schlug Vorsteher Döllitzsch (S.P.D.) wieder einmal vor, die Redezeit auf eine halbe Stunde festzusetzen. Die bürgerliche, die sozialdemokratische und die Nationalistische Fraktion beschloßen die vom Vorsteher vorgeschlagene Maßnahme abzulehnen. Döllitzsch erklärte dem Rat, daß er sich zu Wort meldenden Genossen Schneider das Wort nicht, (Ein kleiner Paul Voebel)

Sturmgeschädigte erhalten nichts!

Die Stadtratsbeschlüsse vom 7. 7. 30 in Verbindung mit dem Staat und der Privilegierten Kapitalisten-Gesellschaft allen durch die Sturmkatastrophe auf der Dresdner Vogelweide am 5. Juli 1930 geschädigten Gewerbetreibenden mit einem Einkommen von nicht über 5000 RM für den erlittenen Schaden Entschädigung zu zahlen. Das ist dem Rat aber, wie Frabe (kon.) erklärt, zu kostspielig. Mit Steuererlass glaubt der Rat genug getan zu haben und hat beschloßen, keine weiteren Entschädigungen auszusprechen.

Ein kommunistisches Minderheitsgutachten, das den Beschluß vom 7. Juli durchgeföhrt wissen will, wird abgelehnt. Die Volksbeträger im Lager der S.P.D. der Nazis und des Bürgertums haben also wieder einmal geredet, beschloßen und lassen sich nun allzu gern eines „Besseren“ belehren.

Breisentungsschwinder gegen Breisentunasantrag

Zur Beratung kamen ferner die vor Wochen angenommenen Anträge auf „Breisentung“. Rißch (S.P.D.) der als Berichterstatter sprach, will „mit den in Frage kommenden Wirtschaftlichen verhandeln“. Er fand das kommunistische Minderheitsgutachten nicht diskutabel. Die Arbeiter müßten es sich merken, daß Rißch, dieser jämole „Arbeitervertreter“, folgende Breisentungsvorschläge der Kommunisten mit einer Handbewegung ablehnt:

Kollegium wolle beschließen:

a) die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke AG und die Dresdner Straßenbahn AG zu ersuchen, folgende Maßnahmen sofort durchzuführen:

- 1. generelle Senkung aller Kleinabnehmerpreise um mindestens 20 Prozent;
2. generelle Senkung der Preise für die in den genannten Betrieben gewonnenen Nebenprodukte wie Koks usw. um den unter 1. genannten Prozentsatz;
3. Beisichtigung der Benutzungsgelder für die Gas- und Stromzähler;
4. Wenderung des jetzigen Tarifsystems, Einführung von Tarifen, die eine Staffelung des Preises nach dem Einkommen vorsehen, dergestalt, daß jeder Abnehmer im Verhältnis zu seinem Einkommen zu zahlen hat, wobei sämtlichen Einkommern, deren Einkommen den doppelten Satz der gehobenen Kürzungen nicht übersteigt, sowie allen Erwerbslosen, Sozialrentnern und Kleinrentnern kostenloser Bezug zu gewähren ist;
5. Aufhebung der gegenwärtig bestehenden Sondertarife für Großabnehmer;
b) keine Vertreter in den genannten Unternahmensgesellschaften anzuweisen, sich für die reiblose Durchföhung dieser Forderungen einzusetzen.

Auswucherung wird erst mit dem Sturz des Kapitalismus beseitigt!

Genosse Gabel machte die Vertretung dieser Forderungen zu einer scharfen Wertschätzung mit den Preisabbau-Schwendern im sozialdemokratischen und bürgerlich-reaktionären Lager. Er wies nach, daß die kapitalistische Regierung, das Exekutivorgan der kapitalistischen Räuberbande, überhaupt keinen praktischen Preisabbau durchzuführen kann. Die Verhandlungen über den Preisabbau werden nur so lange und nur deswegen geführt, bis selbige beendet sind, daß der Preisabbau nicht durchführbar ist.

Im Gegensatz zu den Phrasen vom Preisabbau steht die Tatsache, daß eine ganze Anzahl wichtiger Bedarfsartikel im Preise gestiegen ist. Die Preisentwertung, die notwendig ist, wird von diesem Stadtratsentscheidungsorgan nicht durchgeföhrt. Das wissen wir, aber wir zeigen den Verantwortlichen an diesem Beispiel, daß der bürgerliche Parlamentarismus, der den Forderungen der Arbeiterschaft nicht gerecht wird, abgewirtschaftet hat und daß die Arbeiterschaft daran gehen muß, durch den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems die Auswucherung der Nichtbedürftigen zu beseitigen.

Blauer Dunst von Rißch bis Elschner oder „sinnlose“ K.P.D.-Forderungen?

Rißch (Nazi) redete eine Menge demagogisches und sinnloses Zeug zusammen: „Senkung der Generaluntkosten“, „Beseitigung der Zinsneuschäufelung“.

Elschner (D. Sp.) beschwerte sich bitter darüber, daß ihm Genosse Gabel vorgeworfen habe, daß er mit seinem „Preisentwertungsantrag“ der Dessenlichkeit blauen Dunst vorgemacht habe.

Kunisch (Handwerk) behauptete, daß der Lebenshaltungsindeks in den letzten Monaten um ungefähr 10 Prozent zurückgegangen sei. (!!) Preisentwertung sei also in genügendem Maße durchgeföhrt. (!!)

Frau Weichmann (D. Sp.) erklärte, eine Preisentwertung sei bestimmt zu erwarten. (Ein billiger Trost für die Proleten, denen nun seit Wochen blauer Dunst in der Art Elschners vorgemacht wird - d. A.) Im übrigen sei doch schon ganz nett Preisabbau durchgeföhrt worden.

Genosse Gabel wies noch einmal nach, daß der „Preisabbau“ schwindel den Erwerbslosen den Unterhaltungsstand und den Arbeitern den Lohnraub schmachtlich zu machen verstanden.

Rißch (S.P.D.) bemühte sich in seinem Schlusswort nochmals, die „Sinnlosigkeit der kommunistischen Forderungen“ nachzuweisen. Die kommunistischen Forderungen wurden dann gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Ein Skandal, den die S.P.D. bedt!

Nicht unterläßt wurde ein kommunistischer Antrag, der die Forderung erhebt, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um die unvollständigen Zustände auf der Kipsdorfer Straße, die durch den Betrieb der Firma Rangler, Kipsdorfer Straße 120, verursacht werden, abzustellen.

Auf eine Eingabe des Zentralverbandes der Arbeitslosen und Witwen Deutschlands teilt der Rat mit, daß der Sonderausschuß zur Vorbereitung und Vorlagenerstellung über Einzelfragen des Rürforgesens die Eingabe eingehend beraten habe. Die Durchföhung würde jährlich 600.000 RM Mehraufwand verursachen. Nach der Erklärung des Finanzamtes sei es aber bei der gegenwärtigen Kassenlage der Stadt vollständig unmöglich, eine Erweiterung der öffentlichen Rürforges vorzunehmen. Der Rat habe deshalb beschloßen, die Entscheidung über den Antrag des Zentralverbandes auf ein Jahr zu verschieben.

Genosse Neuhof wies an Hand praktischer Beispiele nach, daß diese Stellungnahme des Rates zu den Anrechnungsrichtlinien der Auslieferung der Rürforgesbetreuten um dem Hungertod gleichkommt. Bezeichnend war, daß die sozialdemokratische Angehörte des Zentralverbandes, Winkler, nicht imstande war, zu den vom Genossen Neuhof zu der erbärmlichen Haltung der S.P.D. im Reichstag gemachten Feststellungen zu sprechen.

Debatte um den Remarque-Film

Dr. Zhürmer (D. Sp.) erntete bei der Begründung eines Antrages, das Berliner Tageblatt aus dem Rathaus zu entfernen, immer wieder ironischen Beifall. Das Eintreten des Berliner Tageblattes für den Remarque-Film hat es dem Herrn angehan.

Dr. Freund (S.P.D.) wandte sich gegen den Antrag Zhürmer. Genosse Berner nahm die Gelegenheit wahr, die „Derrn“ vom Schicksal Zhürmers, die Soldatenschilder, an ihre schützende Rolle zu erinnern und zu brandmarken.

Kunisch (Handwerk) und Dr. Kulz (Komm.) erklärten, für den Antrag nicht stimmen zu können, da das einen Eingriff in die Pressefreiheit darstelle. Richter (Nazi) behauptet, Genosse Berner habe von den Frontsoldaten gesagt, sie hätten nur gestreift und gelassen.

Lügner Richter gedeckt von Holst

Genosse Berner nennt Richter mehrfach einen Lügner. Der Vorsteher Holst erlucht den Genossen Berner dilatorisch, sich aus dem Saal zu entfernen. Auf den Einspruch der Kommunisten läßt sich Holst zu einer „Bittimmung“ herbei. Dabei soll nach Holst's Zählung mit 37 gegen 32 Stimmen beschloßen worden sein, daß Genosse Berner von der Sitzung ausgeschlossen worden sei.

„Bitte zeigen Sie Ihren Gesundheitspaß!“

Die „vielversprechende Neuerung“ des Dresdner Anzeigers

Der „Dresdner Anzeiger“ vom 13. Dezember bringt unter obiger Überschrift einen Artikel mit dem aussergewöhnlichen Hinweis, eine vielversprechende Neuerung sei in Sicht. Das hat uns veranlaßt, den Artikel des Herrn G. W. zu lesen und zu ihm Stellung zu nehmen.

Alle Segnungen kommen in Deutschland befallig von der Sozialdemokratie. So auch der Vorstoß zur Einführung des Gesundheitspasses. Der Vater dieses launigen Gedankens ist der geistige Urheber der Lebensversicherung und der laute Rufer nach einer deutschen Kinderrentenversicherung zur Beseitigung des Kindspensar-Geburtsanzahns, der sozialdemokratische Universitätsprofessor Grotzahn, Berlin.

Mit Hilfe des Gesundheitspasses will die Bourgeoisie auf Vorstoß eines Sozys das deutsche Volk zum gelindesten und langweiligsten der Welt machen! Die Berichte der Krankenkassen zeigen die zunehmende gesundheitliche Verelendung der breitesten Massen. Durch weitere Durchführung der Rationalisierung auf Kosten des Proletariats, durch Gehalts- und Lohnabbauoffensive und nicht zuletzt durch den Abbau aller Gebiete der Sozialversicherung verschärfen sich diese Situation in rasendem Tempo von Tag zu Tag.

Die Sozialdemokratie hat den beiden Rotverordnungen der Brüning-Regierung und damit dem Abbau der Krankenversicherung zugestimmt. Sie begründet auf sozialpolitischem Gebiet ihre Zustimmung insbesondere zur Rotverordnung vom 1. Dezember damit, daß es ihr gelungen sei, der Sozialreaktion, die argsten Giltzähne auszubraden! Das ist ein Schwindel! Das muß unter dem Druck der rebellischen Arbeitermassen auch die „linke“ S.P.D.-Presse zugeben. So schreibt die Volkszeitung Plauen:

„Auch die nunmehr übrigbleibende Rotverordnung bedeutet einen unerträglichsten, brutalen Angriff auf das Proletariat...“

Zur Täuschung der Massen läßt nun dieselbe Partei, die hauptverantwortlich für die gesundheitliche Verschlechterung der heilspezifischer den Gedanken der Einführung eines Gesundheitspasses popularisiert und bereitet in Berlin bereits keine Einführung vor.

Wir wenden uns keineswegs grundsätzlich gegen eine dauernde und systematische Kontrolle der Gesundheit der Bevölkerung. Wir

Polizeiaktion gegen Kommunisten

Genosse Berner wird, nachdem Holst die Sitzung unterbrochen hat, von der Polizei mit Gewalt aus dem Saal geschleift. Dabei stellt sich die kommunistische Fraktion geschlossen vor ihren Parteifreund. Die Polizei löst und mißhandelt dabei den schwerverletzten Genossen Neuhof, entreißt ihm seinen Stuhl. Es kommt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der kommunistischen Fraktion und dem Polizeikommissar, der die Aktion gegen die Kommunisten leitet und sich in provokatorischer Weise gegenüber den Kommunisten aufstellt.

Döllitzsch sanktioniert Holst's Terror

Genosse Gabel stellte nach Wiedereröffnung der Sitzung fest, daß die Maßnahmen des Vorstehers selbst gegen die Vorkämpfer der reaktionären Wirtschaftsordnung verstoßen. Er beantragt den Zusammenritt des Vorstandes, da die Richtigkeit der Maßnahmen des Vorstehers von der kommunistischen Fraktion bezweifelt wurde. Döllitzsch (S.P.D.) springt dem Vorstehers Holst bei und erklärt, die Wirtschaftsordnung biete keine Möglichkeit, die Maßnahmen des Vorstehers zu korrigieren. Schließlich wird der Antrag des Vorstehers mit rechts hinüber abgelehnt.

Ohne Ausproch wurde beschloßen, den Rat zu ersuchen, sofort an die Stadtratsordneten eine Vorlage über die Errichtung eines Anbaues für die 64 Volksschule in Dresden-Laubegau herüberzugeben, um der unerträglichen Raumnot abzuhelfen.

Ebenfalls ohne Ausproch wurde ein kommunistischer Antrag an den Verwaltungsausschuß übergeben, in dem gefordert wird, die Heranziehung von Mietern aus dem Kommissarobdach zu untersuchen. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, den Genosse Schneider begründete, fordert: „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Heranziehung, nach welcher die Wohlfahrtsverbände der Stadtteile Laubegau, Leuben, Kleinschönau und Dobritz außer ihrer Kontrolle durch die Reichsstelle Niederschlag des Arbeitsamtes Dresden in Zukunft wesentlich einmal nach dem Arbeitsamt Maternstraße zur Kontrolle müssen, zurückzuführen.“

Lippenbekenntnis der Nazis und S.P.D.

Einmütig angenommen wurde ein Antrag, die den Stadtratsordneten vorgelegte Vorlage über die erneute Erhöhung der Biersteuer wieder zurückzugeben, nachdem Genosse Schneider ausführlich die reaktionäre Steuerpolitik des Rates gebrandmarkt hat. Breite Massenaktionen müssen gegen das Steuerdiktat der Brüning-Regierung einsehen.

In seinem Tätigkeitsbericht bioberte sich Döllitzsch als starker Mann und als Hüter der parlamentarischen Arbeit bei den Bürgerlichen an und deutete an, daß er auch im kommenden Jahre gern den Hausnach der Rechte zu machen gemitt sei. Genosse Gabel, der einige Zwischenrufe machte, erhielt drei Ordnungsrufe. Die sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich die parlamentarische Schwächlinge und ihren sozialdemokratischen Vorsteher ab und zu bei der Arbeit ansehen. So manche Illusion würde dadurch beseitigt, so mancher Prolet erkennen, daß es an der Zeit ist, den Kampf zu organisieren, um endgültig mit diesem System aufzuräumen, das nur eine notdürftig zusammengestellte Kulisie zur Verhinderung der Kapitalistokratie ist.



Sie sollten bei zu starkem Essen zu Weihnachten auch nicht vergessen, daß Magenbeschwerden, Brennen im Hals verhütet werden durch Bullrich-Salz.

Bullrich-Salz vorzüglich bei Sodbrennen und Magenbeschwerden. TABLETTEN 0,25 u 1,50.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.